

Landtag

8. Sitzung vom 26. September 1988

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 18.31 Uhr)

Vorsitzender: Zweiter Präsident Gertrude Stiehl.

Schriftführer: Die Abgen Herta Slabina und Brosch sowie die Abgen Mag Dipl Ing Regler und Rosemarie Wallner.

Präsident Gertrude Stiehl eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Präsident Ing Hofmann sowie die Abgen Eleonora Hostasch, Prochaska und Strangl.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Gertrude Stiehl folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 164/LM/88.): Abg Mag Kauer an den Landeshauptmann:

Werden Sie sich als Landeshauptmann beim Bund beziehungsweise den ÖBB im Interesse der betroffenen Bevölkerung für die Durchführung wirksamer Schallschutzmaßnahmen an den Wiener Schnellbahnstrecken einsetzen?

2. Anfrage (PrZ 165/LM/88.): Abg Dkfm Karl König an den Landeshauptmann:

Werden Sie sich im Interesse der betroffenen Polizisten und damit der Sicherheit der Margaretner Bevölkerung für die baldige Errichtung eines neuen Bezirkspolizeikommissariates für den 5. Bezirk einsetzen?

3. Anfrage (PrZ 178/LM/88.): Abg Mag Kabas an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport:

Sind Sie bereit, Verhandlungen mit den zuständigen Bundesdienststellen über die Einhebung eines angemessenen Pfandes für Getränkeflaschen aus Kunststoff in die Wege zu leiten?

4. Anfrage (PrZ 184/LM/88.): Abg Oblasser an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Wie ist der Stand der Aktion vorzeitig begünstigter Rückzahlung von Wohnbauförderungsmitteln?

5. Anfrage (PrZ 169/LM/88.): Abg Haubenburger an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

Werden Sie sich als zuständiger Wiener Planungsstadtrat für eine Streichung des noch nicht ausgebauten Teils der B 223, der sogenannten Flötzersteigstraße im 14. Bezirk, aus dem Bundesstraßengesetz einsetzen?

6. Anfrage (PrZ 176/LM/88.): Abg Prinz an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

In welcher Form erfüllt das am 13. November 1986 zwischen dem Bund und dem Land Wien vertraglich vereinbarte „permanente Koordinierungsgremium des Bundes und des Landes Wien in Fragen der Stadtplanung“ seine Aufgaben?

7. Anfrage (PrZ 182/LM/88.): Abg Outolny an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst:

Wie weit sind die legislatischen Vorarbeiten zu den Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz?

8. Anfrage (PrZ 166/LM/88.): Abg Mag Dipl Ing Regler an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

Was sind die Ergebnisse der bisherigen Gespräche mit dem Bund beziehungsweise den ÖBB über eine mögliche Nutzung des Nordbahnhofgeländes als Standort für die beabsichtigte Weltfachausstellung im Jahr 1995?

3. Präsident Gertrude Stiehl teilt mit, daß von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs zwei schriftliche Anfragen eingebracht wurden:

(PrZ 241/LF.) Anfrage des Abg Dr Hirnschall an den Landeshauptmann, betreffend Wahrnehmung der Aufsichtspflicht bei der Wiener Gebietskrankenkasse.

(PrZ 242/LF.) Anfrage des Abg Zeihsel an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie, betreffend den Punkt II des Vertrages, abgeschlossen zwischen dem Bund und dem Land Wien am 13. November 1986.

(PrZ 243/LAt.) Präsident Gertrude Stiehl teilt mit, daß die Abgen Neumann und Nettig einen Antrag, betreffend mehr Fluglotsen für den Flughafen Schwechat, eingebracht haben und weist diesen Antrag dem Landeshauptmann zu.

Präsident Gertrude Stiehl macht folgende Mitteilung:

„Von den Bezirksvertretungen des 1. und 22. Bezirkes wurde gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung je ein Antrag an den Landtag gerichtet.

Die Bezirksvertretung für den 1. Bezirk hat einen Antrag, betreffend die Schaffung der Voraussetzung zum Einschreiten der Behörde bei Tatbeständen des ungebührlich störenden Lärms, des organisierten Bettelns und der Erregung öffentlichen Ärgernisses, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Amtsf Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Die Bezirksvertretung Donaustadt hat einen Antrag, betreffend Novellierung der Wiener Stadtverfassung, der Gemeindewahlordnung, des Volksabstimmungsgesetzes und des Wiener Volksbegehrengesetzes, eingebracht, um die Möglichkeit für ausländische Mitbürger zu schaffen, an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Diesen Antrag weise ich ebenfalls dem Amtsf Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.“

Berichterstatter: LhptmSt M a y r

4. (PrZ 2247, P 1.) Der in der Beilage Nr 18 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem das Vermögenssteuergesetz 1987 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abgen Dr Hirnschall, Dkfm Dr Wöber und Oblasser.)

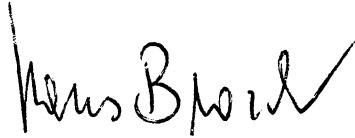
Berichterstatter: Abg Mag Z i m a

5. (PrZ 2667, P 2.) Dem Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 26 b, vom 22. August 1988, GZ 26 b Vr 7532/88, um Zustim-

mung zur strafrechtlichen Verfolgung der Landtagsabgeordneten Karin Landauer wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede gemäß § 111 Abs 1 und 2 StGB wird nicht stattgegeben.

(Schluß um 20.17 Uhr.)

Der Schriftführer:



Der Zweite Präsident:

